

Bremen, 23. Juni 2011



Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen

ver.di zur Koalitionsvereinbarung: SPD und Grüne müssen nachbessern

Auf scharfe Kritik stößt bei der Gewerkschaft ver.di der von der rot-grünen Koalition geplante weitere Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst. „Wenn nach dem massiven Stellenabbau der letzten Jahrzehnte noch weitere 800 Arbeitsplätze wegfallen, wird dies zwangsläufig auch zu Lasten der Bürger gehen. Eingeschränkte Leistungen und schlechtere Qualitätsstandards sind die Folge. Der öffentliche Dienst droht auszubluten“, sagte die stellvertretende ver.di-Landesleiterin Susanne Kremer heute vor Personalräten in Bremen. Völlig verfehlt sei auch die geplante längere Lebensarbeitszeit von Beamten. „Deshalb müssen SPD und Grüne den Koalitionsvertrag nachbessern.“

ver.di wehrt sich entschieden dagegen, dass die Beschäftigten wieder einmal die Leidtragenden einer verfehlten Finanz- und Steuerpolitik sein sollen. „Die zunehmende Arbeitsbelastung der Beschäftigten muss verringert werden“, forderte die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats in Bremen, Doris Hülsmeier. Um auch in Zukunft qualifiziertes Personal zu gewinnen, muss der öffentliche Dienst attraktiv bleiben. „Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung und mehr Mitbestimmung der Beschäftigten.“

Auf positive Resonanz stößt bei ver.di der deutliche Auftrag an den Bremer Senat, für sozial gerechte Steuererhöhungen vor allem durch eine stärkere Belastung der höheren Einkommen und Vermögen einzutreten. „Wir unterstützen den Vorschlag, den Senat durch eine entsprechende Änderung der Landesverfassung auf die Sicherung der Einnahmen Bremen zu verpflichten“, betonte Kremer. Die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung hält ver.di allerdings für den völlig falschen Weg. „Mit der Schuldenbremse bremst Rot-Grün die eigene Zukunft aus. Die Schuldenbremse ist eine Wachstumsbremse.“

ver.di-Bezirksgeschäftsführer Rainer Kuhn begrüßte den Schwerpunkt Arbeit und soziale Gerechtigkeit in der Koalitionsvereinbarung. Dazu gehöre auch das Bekenntnis von SPD und Grünen zur öffentlichen Aufgabenwahrnehmung und Daseinsvorsorge. Weiteren Privatisierungen werde eine Absage erteilt. Positiv sei auch, dass Privatisierungen zukünftig nur nach Volksentscheiden zulässig sind. „Dies ist eine wirkungsvolle Bremse gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Darüber hinaus sollten weitere Rekommunalisierungen geprüft werden. PPP-Projekte lehnen wir jedoch entschieden ab.“

Rückfragen ab 12.00 Uhr an:

Susanne Kremer, stellv. ver.di-Landesleiterin Nds.-Bremen
mobil: 0151-12163870

PRESSEINFORMATION

V.i.S.d.P.: **Kornelia Knieper**
ver.di Bezirk Bremen-Nordniedersachsen
Pressesprecherin
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

Tel.: 0421/3301-154
mobil: 0160/7420184
PC-Fax: 01805 837343 25147
Fax: 0421/3301-117
Mail: kornelia.knieper@verdi.de
www.verdi-bremen.de